

IMMS verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke. Die Allgemeinen Bedingungen tragen den Erfordernissen der Auftragsforschung vor diesem Hintergrund Rechnung.

1. Anwendungsbereich

1.1 Die nachfolgenden Bedingungen gelten für alle Forschungs- und Entwicklungsaufträge, die IMMS erteilt werden. Abweichende, entgegenstehende oder ergänzende Bedingungen des Auftraggebers werden nicht Vertragsbestandteil, es sei denn IMMS stimmt ihrer Geltung schriftlich zu. Soweit die nachfolgenden Bedingungen keine anderen Regelungen vorsehen, finden auf alle Forschungs- und Entwicklungsaufträge die Bestimmungen des Dienstvertragsrechts (§§ 611 ff. BGB) Anwendung.

1.2 Sofern in den nachfolgenden Bedingungen ein Ausschluss oder eine Begrenzung der Haftung durch IMMS, ihrer gesetzlichen Vertreter oder Erfüllungsgehilfen für Schäden enthalten ist, gilt dieser Ausschluss oder die Begrenzung nicht für eine Haftung für Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit.

2. Vertragsgegenstand, Bearbeitungszeit

2.1 IMMS ist an seine Angebote nicht gebunden (freibleibend), wenn sie nicht ausdrücklich als fest bezeichnet werden.

2.2 Gegenstand des Forschungs- und Entwicklungsauftrages sind die im Angebot von IMMS vorgesehenen Arbeiten.

2.3 Soweit das Angebot oder der Forschungs- und Entwicklungsauftrag eine Bearbeitungszeit oder Termine enthält, gelten diese nur dann als verbindlich, wenn IMMS deren Verbindlichkeit ausdrücklich zugesagt hat. Erkennt IMMS, dass die verbindliche Bearbeitungszeit oder der verbindliche Termin nicht eingehalten werden kann, wird IMMS dem Auftraggeber die Gründe für die Verzögerung mitteilen und mit dem Auftraggeber eine angemessene Anpassung vereinbaren.

3. Vergütung

3.1 Die Vergütung wird als Festpreis berechnet. Abweichend davon können die Vertragspartner vereinbaren, dass nach Aufwand – gegebenenfalls mit Kostenobergrenze – zu vergüten ist. Die Umsatzsteuer wird der Vergütung jeweils hinzugerechnet.

3.2 IMMS wird den Auftraggeber unverzüglich benachrichtigen, wenn abzusehen ist, dass mit der vereinbarten Vergütung das angestrebte Forschungs- und Entwicklungsergebnis nicht erreicht werden kann. Zugleich wird IMMS dem Auftraggeber eine Anpassung der Vergütung vorschlagen. Falls die Anpassung aus Gründen erforderlich wird, welche bei Auftragserteilung durch IMMS weder vorhersehbar waren noch von IMMS zu vertreten sind und auch keine anderweitige Einigung mit dem Auftraggeber erzielt wird, wird die von IMMS vorgeschlagene Anpassung verbindlich.

4. Zahlungen

4.1 Zahlungen sind gemäß dem vereinbarten Zahlungsplan fällig. Bei fehlendem Zahlungsplan bestimmt sich die Fälligkeit nach dem in der Rechnung genannten Fälligkeitsdatum. Zahlungen sind ohne Abzug unter Angabe der Rechnungsnummer auf das angegebene Konto zu leisten.

4.2 Eine Aufrechnung gegen Forderungen von IMMS ist nur zulässig, wenn die Gegenforderung unbestritten oder rechtskräftig festgestellt ist.

4.3 Der Auftraggeber kann ein Zurückbehaltungsrecht nur ausüben, wenn sein Gegenanspruch auf demselben Vertragsverhältnis beruht.

5. Forschungs- und Entwicklungsergebnis, Nutzungsrechte

5.1 Das Forschungs- und Entwicklungsergebnis wird dem Auftraggeber nach Abschluss des Auftrages gemäß dem Angebot zur Verfügung gestellt. Software wird im Object-Code zur Verfügung gestellt, soweit nicht im Angebot ausdrücklich etwas Abweichendes zugesagt wurde.

5.2 Der Auftraggeber erhält an den von IMMS bei Durchführung des Auftrages erzielten Erfindungen und den von IMMS darauf angemeldeten sowie ihr erteilten Schutzrechten ein nicht ausschließliches, nicht übertragbares und nicht unterlizenzierbares, unentgeltliches Nutzungsrecht für den seinem Auftrag zugrundeliegenden Anwendungszweck. Der Auftraggeber erstattet IMMS einen zu vereinbarenden Anteil der Kosten für Anmeldung, Aufrechterhaltung sowie Verteidigung der Schutzrechte und entrichtet bei Benutzung eine pauschale Arbeitnehmererfindervergütung an IMMS, deren Höhe im Einzelfall vereinbart wird.

5.3 Auf schriftliches Verlangen erhält der Auftraggeber anstelle des Rechts gemäß Ziffer 5.2 an den bei der Durchführung des Auftrages entstandenen Erfindungen und an den von IMMS darauf angemeldeten sowie ihr erteilten Schutzrechten ein ausschließliches, entgeltliches Nutzungsrecht für den seinem Auftrag zugrundeliegenden Anwendungszweck gemäß einer gesondert zu schließenden schriftlichen Vereinbarung. Das Verlangen ist spätestens drei Monate nach Mitteilung der Erfindung schriftlich gegenüber IMMS zu erklären. IMMS behält insoweit ein nicht ausschließliches, unentgeltliches Nutzungsrecht für Forschungs- und Entwicklungszwecke.

5.4 Die Entscheidung über die Anmeldung von Schutzrechten auf die bei der Durchführung des Auftrages erzielten Erfindungen trifft IMMS. Ein Anspruch auf die Anmeldung von Schutzrechten besteht jedoch grundsätzlich nicht. Entscheidet sich IMMS zu einer Anmeldung, wird IMMS auf die betreffende Erfindung Schutzrechte im eigenen Namen anmelden. Liegt ein Verlangen des Auftraggebers gemäß Ziffer 5.3 vor, wird IMMS für die Länder, in denen IMMS sich gegen eine Anmeldung entscheidet, dem Auftraggeber

das Recht zur Anmeldung mit angemessener Frist anbieten. IMMS kann ihre Schutzrechtsanmeldungen sowie ihr erteilte Schutzrechte jederzeit aufgeben; bei Vorliegen eines Verlangens gemäß Ziffer 5.3 gilt dies jedoch nur, soweit diese dem Auftraggeber zuvor mit angemessener Frist angeboten wurden. IMMS behält in den beiden vorgenannten Fällen bei Annahme des Auftraggebers zumindest ein nicht ausschließliches, unentgeltliches Nutzungsrecht für Forschungs- und Entwicklungszwecke.

5.5 Die bei Durchführung des Auftrages erzielten gemeinschaftlichen Erfindungen (d. h. Erfindungen, an denen Mitarbeiter beider Vertragspartner beteiligt sind und bei denen die Erfindungsanteile nicht getrennt nach den Vertragspartnern zum Schutzrecht angemeldet werden können) gehören den Vertragspartnern entsprechend ihrem Erfindungsanteil gemeinschaftlich. Über die Anmeldung (einschließlich Federführung), Aufrechterhaltung und Verteidigung von Schutzrechten an gemeinschaftlichen Erfindungen sowie die damit verbundenen Kosten werden sich die Vertragspartner im Einzelfall verständigen. Vorbehaltlich einer abweichenden Vereinbarung tragen die Vertragspartner jeweils 50 % der Kosten. Die Vertragspartner sind berechtigt, solche Erfindungen sowie darauf angemeldete oder erteilte Schutzrechte für deren Laufzeit wie eigene zu benutzen und nicht ausschließlich zu lizenzieren, ohne dass ein finanzieller Ausgleich erfolgt.

5.6 Der Auftraggeber erhält an den von IMMS bei Durchführung des Auftrages geschaffenen urheberrechtlich geschützten Werken einschließlich der von IMMS programmierten Software sowie am entstandenen Know-how ein nicht ausschließliches, nicht übertragbares und nicht unterlizenzierbares, unentgeltliches Nutzungsrecht für den seinem Auftrag zugrundeliegenden Anwendungszweck.

Die Einräumung eines ausschließlichen Nutzungsrechts für den Anwendungszweck bedarf einer gesonderten Vereinbarung.

Bei urheberrechtlich geschützten Werken einschließlich programmierter Software und Know-how, die bei Durchführung des Auftrages von den Vertragspartnern gemeinsam geschaffen werden, gilt Ziffer 5.5 – soweit anwendbar – entsprechend.

5.7 Werden bei der Durchführung des Auftrages bereits vorhandene Schutzrechte von IMMS verwandt, die zur Verwertung des Forschungs- und Entwicklungsergebnisses durch den Auftraggeber notwendig sind, erhält der Auftraggeber daran auf schriftliches Verlangen ein gesondert zu vereinbarendes, nicht ausschließliches, entgeltliches Nutzungsrecht für den seinem Auftrag zugrundeliegenden Anwendungszweck, soweit dem keine anderweitigen Verpflichtungen von IMMS entgegenstehen. Das Verlangen ist spätestens 6 Monate nach Übergabe des Forschungs- und Entwicklungsergebnisses gegenüber IMMS zu erklären.

6. Schutzrechte Dritter

6.1 Soweit nicht im Angebot ausdrücklich zugesagt, führt IMMS keine Patentrecherchen und Recherchen nach entstehenden Schutzrechten durch.

6.2 Die Vertragspartner informieren sich gegenseitig über ihren vor und während der Durchführung des Auftrages bekanntwerdende Schutzrechte Dritter, die der gemäß Ziffer 5 vereinbarten Nutzung entgegenstehen könnten. IMMS ist jedoch nicht verpflichtet, eine schutzrechtliche Prüfung hinsichtlich einer möglichen Verletzung vorzunehmen, soweit nicht im Angebot ausdrücklich zugesagt.

6.3 Die Vertragspartner werden einvernehmlich entscheiden, in welcher Weise solche bekannt gewordenen Schutzrechte bei der weiteren Auftragsdurchführung berücksichtigt werden.

7. Haftung

7.1 IMMS steht für die Anwendung wissenschaftlicher Sorgfalt sowie die Einhaltung der allgemein anerkannten Regeln der Technik ein, nicht aber für das tatsächliche Erreichen des Forschungs- und Entwicklungsziels.

7.2 Die Haftung von IMMS sowie ihrer gesetzlichen Vertreter und Erfüllungsgehilfen aus Pflichtverletzungen und Delikt ist auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit beschränkt.

Bei Verletzung vertragswesentlicher Pflichten, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrages überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der Auftraggeber regelmäßig vertraut und vertrauen darf (Kardinalpflichten), haften IMMS sowie ihre gesetzlichen Vertreter und Erfüllungsgehilfen auch bei leichter Fahrlässigkeit.

In jedem Fall beschränkt sich die Haftung auf den vorhersehbaren, vertragstypischen Schaden und ist in ihrem Umfang auf den Auftragswert beschränkt.

7.3 Erbringt IMMS die ihr obliegende Leistung nicht, nicht mit dem Eintritt der Fälligkeit oder nicht wie geschuldet, kann der Auftraggeber nur dann Schadensersatz statt der Leistung verlangen, wenn er IMMS erfolglos eine angemessene Frist zur Leistung mit der Erklärung bestimmt hat, dass er die Annahme der Leistung nach dem Ablauf der Frist ablehnt.

8. Sonderregelung für kauf- und werkvertragliche Forschungs- und Entwicklungsarbeiten

8.1 Soweit IMMS aufgrund einer ausdrücklichen, schriftlichen Zusage die Herstellung und Lieferung einer dem Stand der Technik entsprechenden Sache als Forschungs- und Entwicklungsergebnis schuldet, finden bei Mängeln die betreffenden Regelungen des Kauf- oder Werksvertragsrechts nur nach Maßgabe nachfolgender Absätze Anwendung.

8.2 Erweist sich das von IMMS erzielte Forschungs- und Entwicklungsergebnis als mangelhaft, erhält IMMS zunächst die Gelegenheit, den Mangel im Wege der Nacherfüllung, nach seiner Wahl durch Nachbesserung oder Ersatzlieferung, zu beseitigen – je nach Art des Forschungs- und Entwicklungsergebnisses, des Mangels und der sonstigen Umstände auch mehrmals.

8.3 Wenn IMMS die Nacherfüllung ablehnt oder die Nacherfüllung fehlschlägt oder dem Auftraggeber unzumutbar ist, kann der Auftraggeber nach seiner Wahl entweder die Herabsetzung der geschuldeten Vergütung (Minderung) verlangen oder, bei einem erheblichen Mangel, vom Vertrag zurücktreten. Darüberhinausgehende Ansprüche durch den Auftraggeber sind ausgeschlossen.

Das Rücktrittsrecht erlischt, wenn der Auftraggeber den Rücktritt nicht spätestens 14 Tage nach Erhalt der Mitteilung über die Ablehnung oder das Fehlschlagen der Nacherfüllung bzw. spätestens 14 Tage nach dem Zeitpunkt erklärt, zu dem für den Auftraggeber die Unzumutbarkeit der Nacherfüllung erkennbar wird.

8.4 Der Auftraggeber hat Mängel an dem von IMMS gelieferten Forschungs- und Entwicklungsergebnis unverzüglich zu rügen. Für erkennbare Mängel leistet IMMS nur Gewähr, wenn sie IMMS innerhalb einer Frist von 14 Tagen, nach Übergabe, angezeigt werden.

8.5 Auf Schadensersatzansprüche des Auftraggebers infolge von Mängeln finden die Haftungsregelungen gemäß der Ziffern 7.2 und 7.3 Anwendung.

8.6 Ansprüche aufgrund von Mängeln verjähren gemäß Ziffer 10.

9. Exportkontrolle und Mitwirkungspflichten

9.1 Der Vertragspartner verpflichtet sich, sämtliche für ihn geltenden außenwirtschaftsrechtlichen Bestimmungen, insbesondere das Außenwirtschaftsgesetz (AWG), die Außenwirtschaftsverordnung (AWV) sowie die Verordnung (EU) 2021/821 (EU-Dual-Use-Verordnung), einzuhalten. Der Vertragspartner wird keine Güter, Software, Technologie oder sonstigen Leistungen, die im Rahmen dieses Vertrags überlassen oder bereitgestellt werden, exportieren, reexportieren, weitergeben oder für Zwecke verwenden, die gegen geltende Exportkontrollvorschriften, Embargos oder Sanktionsmaßnahmen verstoßen.

9.2 Der Vertragspartner verpflichtet sich, den Lieferanten bei der Erfüllung seiner exportkontrollrechtlichen Pflichten zu unterstützen, insbesondere durch: a) die unverzügliche Bereitstellung aller Informationen, die für die Exportkontrollprüfung erforderlich sind (z. B. Endverwendung, Endverwender, Bestimmungsland, technische Spezifikationen), b) die Unterzeichnung von Endverbleibserklärungen auf Anforderung, c) die Mitteilung über Änderungen der Endverwendung, des Endverwenders oder des Bestimmungslandes, sobald ihm solche Änderungen bekannt werden.

9.3 Der Vertragspartner verpflichtet sich, die ihm überlassenen Güter, Technologien, Software oder Informationen ausschließlich für die im Vertrag vorgesehenen Zwecke zu verwenden. Eine Weitergabe an Dritte oder eine Ausfuhr in andere Staaten bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Lieferanten und darf nur unter Beachtung der geltenden Exportkontrollvorschriften erfolgen.

9.4 Wird nach Abschluss des Vertrags bekannt, dass eine Genehmigung nach geltendem Exportrecht erforderlich ist, steht die Wirksamkeit der Lieferung oder Leistung unter der aufschiebenden Bedingung der Erteilung dieser Genehmigung. Der Lieferant ist berechtigt, die Vertragserfüllung bis zur Erteilung der Genehmigung auszusetzen oder – falls diese versagt wird – vom Vertrag zurückzutreten, ohne dass dem Vertragspartner hieraus Schadensersatzansprüche zustehen.

9.5 Verstößt der Vertragspartner schuldhaft gegen seine Pflichten aus diesem Paragraphen, so hat er den Lieferanten von allen Nachteilen, Schäden, Bußgeldern und behördlichen Maßnahmen freizustellen, die aus dem Verstoß resultieren. Der Lieferant ist berechtigt, den Vertrag fristlos zu kündigen, wenn konkrete Anhaltspunkte für einen Verstoß gegen Exportkontrollvorschriften bestehen.

9.6 Der Vertragspartner sichert zu, ein angemessenes internes Exportkontroll- und Compliance-System zu unterhalten oder aufzubauen, das geeignet ist, die Einhaltung der einschlägigen Exportvorschriften sicherzustellen.

10. Verjährung

10.1 Die Ansprüche des Auftraggebers wegen Pflichtverletzung und aus Delikt verjähren innerhalb von 12 Monaten. Die Verjährung beginnt mit der Übergabe des Forschungs- und Entwicklungsergebnisses, es sei denn, dass nach dem Gesetz für den Beginn der Verjährungsfrist an die Kenntnis der anspruchsbegründenden Tatsachen angeknüpft wird und der Auftraggeber nachweisen kann, dass er erst zu einem späteren Zeitpunkt von den anspruchsbegründenden Tatsachen Kenntnis erlangt hat. Die gesetzlichen Verjährungshöchstfristen bleiben unberührt.

10.2 Falls die Abnahme des Forschungs- und Entwicklungsergebnisses vorgesehen ist, beginnt die Verjährung von Ansprüchen wegen Mängeln gemäß Ziffer. 9.1 mit der Abnahme, andernfalls mit der Übergabe.

10.3 Verhandlungen zwischen den Vertragspartnern über Ansprüche oder über die den Anspruch begründenden Umstände hemmen die Verjährung. Die hemmende Wirkung endet, wenn ein Vertragspartner dem Wunsch des anderen Vertragspartners zur Fortführung der Verhandlungen nicht innerhalb von 4 Wochen nachkommt.

11. Eigentumsvorbehalt

11.1 Der Auftraggeber erhält das Eigentum am Forschungs- und Entwicklungsergebnis sowie die in den Ziffern 5.2, 5.3, 5.4 und 5.6 genannten Nutzungsrechte erst mit vollständiger Zahlung der vereinbarten Vergütung.

Eigentum von IMMS und Nutzungsrechte dürfen weder verpfändet noch sicherungsübereignet werden.

11.2 Für den Fall, dass das Eigentum von IMMS an dem Forschungs- und Entwicklungsergebnis durch Verbindung, Vermischung oder Verarbeitung erlischt, wird bereits jetzt

vereinbart, dass das Eigentum an der in diesem Fall entstandenen einheitlichen Sache bis zur vollständigen Zahlung der vereinbarten Vergütung wertanteilmäßig (Rechnungswert) auf IMMS übergeht.

11.3 Für den Fall der Weiterveräußerung des Forschungs- und Entwicklungsergebnisses tritt der Auftraggeber alle Rechte aus der Weiterveräußerung bis zur vollständigen Zahlung der vereinbarten Vergütung mit dinglicher Wirkung an IMMS bereits jetzt ab.

12. Geheimhaltung

12.1 Die Vertragspartner werden gegenseitig mitgeteilte und als geheimhaltungsbedürftig erklärte Informationen technischer oder geschäftlicher Art während der Dauer und für einen Zeitraum von fünf Jahren nach Beendigung des Auftrages Dritten nicht zugänglich machen.

Dies gilt nicht für Informationen, die dem anderen Vertragspartner oder der Öffentlichkeit vor der Mitteilung bekannt oder allgemein zugänglich waren oder der Öffentlichkeit nach der Mitteilung ohne Mitwirkung oder Verschulden des anderen Vertragspartners bekannt oder allgemein zugänglich wurden oder Informationen entsprechen, die dem anderen Vertragspartner von einem berechtigten Dritten offenbart oder zugänglich gemacht wurden oder von einem Mitarbeiter des anderen Vertragspartners, der keine Kenntnis der mitgeteilten Informationen hatte, selbständig entwickelt wurden.

12.2 Dritte im Sinne dieser Vorschrift sind nicht Unterauftragnehmer, die von IMMS im Rahmen des Auftrages mit Teilleistungen betraut werden und zur Geheimhaltung verpflichtet wurden.

13. Veröffentlichung, Werbung

13.1 Der Auftraggeber ist nach vorheriger Abstimmung mit IMMS berechtigt, das Forschungs- und Entwicklungsergebnis unter Nennung des Urhebers und der IMMS zu veröffentlichen.

Die Abstimmung soll mit Rücksicht darauf erfolgen, dass Interessen von IMMS, z. B. Dissertationen, Diplomarbeiten oder Schutzrechtsanmeldungen, nicht beeinträchtigt werden.

Der Auftraggeber darf die Ergebnisse mit Nennung des Namens IMMS zum Zwecke der Werbung nur mit ausdrücklicher Zustimmung von IMMS verwenden.

13.2 IMMS ist zur Veröffentlichung wissenschaftlich-technischer Grundaussagen auch ohne Zustimmung berechtigt. Erhält der Auftraggeber ausschließliche Rechte gemäß Ziffer 5.3, bedarf es auch in diesem Falle einer besonderen Abstimmung.

14. Kündigung

14.1 Sofern nach Ablauf von sechs Monaten seit vereinbartem Beginn der Arbeiten kein wesentlicher Fortschritt erzielt wurde, sind beide Vertragspartner zur ordentlichen Kündigung des Vertrages mit einer Frist von einem Monat zum Ende des Kalendermonats berechtigt.

Im Übrigen besteht kein ordentliches Kündigungsrecht.

14.2 Jeder Vertragspartner ist berechtigt, den Vertrag aus wichtigem Grund außerordentlich zu kündigen.

14.3 Nach wirksamer Kündigung wird IMMS dem Auftraggeber das bis dahin erreichte Forschungs- und Entwicklungsergebnis innerhalb von vier Wochen übergeben. Der Auftraggeber ist verpflichtet, IMMS die bis dahin entstandenen Kosten zu vergüten. Personalkosten werden nach Zeitaufwand erstattet. Für den Fall, dass die Kündigung auf einem Verschulden eines der Vertragspartner beruht, bleiben Schadensersatzansprüche unberührt.

15. Mitwirkungspflichten

Der Auftraggeber ist während der gesamten Vertragslaufzeit zur angemessenen Mitwirkung verpflichtet. Hierzu zählt die Überlassung aller Gegenstände, Daten und Informationen aus dem eigenen Einflussbereich in geeigneter Beschaffenheit und Anzahl, die für die Leistungserbringung durch IMMS erforderlich sind. Nachteile, die durch die ausbleibende oder eine verspätete Mitwirkung entstehen, gehen zu Lasten des Auftraggebers.

16. Sonstiges

16.1 Nebenabreden, Änderungen und Ergänzungen bedürfen der Schriftform.

16.2 Erfüllungsort für Leistungen von IMMS ist der Sitz von IMMS oder seiner von ihm beauftragten Instituteile. Erfüllungsort für Zahlungen durch den Auftraggeber ist der Hauptsitz von IMMS.

16.3 Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des Übereinkommens der Vereinten Nationen über den internationalen Warenkauf (CISG). Gerichtsstand ist der Ort des Beklagten.

16.4 Sollten einzelne oder mehrere Bestimmungen ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden, so wird hiervon die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Gleiches gilt im Fall einer Regelungslücke.

IMMS exclusively and directly pursues non-profit purposes. The General Conditions take into account the requirements of contract research against this background.

1. Scope of application

1.1 The following terms and conditions shall apply to all research and development orders placed with IMMS. Deviating, conflicting or supplementary conditions of the customer shall not become part of the contract unless IMMS agrees to their validity in writing. Insofar as the following conditions do not provide for other regulations, the provisions of the law on service contracts (§§ 611 ff. BGB) shall apply to all research and development contracts.

1.2 Insofar as the following terms and conditions contain an exclusion or limitation of liability by IMMS, its legal representatives or vicarious agents for damages, this exclusion or limitation shall not apply to liability for damages arising from injury to life, body or health.

2. Subject matter of the contract, processing time

2.1 IMMS shall not be bound by its offers (subject to confirmation) unless they are expressly designated as firm.

2.2 The object of the research and development order shall be the work provided for in the offer of IMMS.

2.3 Insofar as the offer or the research and development order contains a processing time or dates, these shall only be deemed binding if IMMS has expressly agreed to their binding nature. If IMMS recognises that the binding processing time or the binding deadline cannot be met, IMMS shall inform the customer of the reasons for the delay and agree on an appropriate adjustment with the customer.

3. Remuneration

3.1 The remuneration shall be calculated as a fixed price. In deviation from this, the contracting parties may agree that remuneration is to be paid on a time and material basis - if necessary with a cost ceiling. Value added tax shall be added to the remuneration in each case.

3.2 IMMS shall notify the customer without delay if it is foreseeable that the intended research and development result cannot be achieved with the agreed remuneration. At the same time, IMMS shall propose an adjustment of the remuneration to the customer.

If the adjustment becomes necessary for reasons which were neither foreseeable by IMMS at the time the order was placed nor for which IMMS is responsible, and if no other agreement is reached with the customer, the adjustment proposed by IMMS shall become binding.

4. Payments

4.1 Payments are due in accordance with the agreed payment schedule. In the absence of a payment plan, the due date shall be determined by the due date stated in the invoice. Payments are to be made without deduction to the account specified, quoting the invoice number.

4.2 Offsetting against claims of IMMS shall only be permissible if the counterclaim is undisputed or has been legally established.

4.3 The client may only exercise a right of retention if his counterclaim is based on the same contractual relationship.

5. Research and development result, rights of use

5.1 The research and development result shall be made available to the customer after completion of the order in accordance with the offer. Software shall be provided in object code unless expressly agreed otherwise in the offer.

5.2 The customer shall receive a non-exclusive, non-transferable and non-sublicensable, free-of-charge right of use for the purpose of application underlying its order for the inventions achieved by IMMS during the execution of the order and the industrial property rights applied for by IMMS and granted to it. The customer shall reimburse IMMS for a share of the costs for application, maintenance and defense of the property rights to be agreed upon and shall pay a lump-sum employee inventor remuneration to IMMS upon use, the amount of which shall be agreed upon in the individual case.

5.3 Upon written request, the customer shall receive, instead of the right according to section 5.2, an exclusive right of use, against payment, for the purpose of application underlying his order, according to a written agreement to be concluded separately, for the inventions created during the execution of the order and for the industrial property rights applied for by IMMS and granted to it. The request must be declared in writing to IMMS no later than three months after notification of the invention. In this respect, IMMS shall retain a non-exclusive right of use free of charge for research and development purposes.

5.4 The decision on the registration of property rights on the inventions achieved during the execution of the order shall be made by IMMS. However, a claim to the registration of property rights does not exist in principle. If IMMS decides to make an application, IMMS shall apply for industrial property rights to the invention concerned in its own name.

If there is a request of the customer according to clause 5.3, IMMS shall offer the customer the right to apply with a reasonable period of time for the countries in which IMMS decides against an application. IMMS may abandon its applications for property rights as well as property rights granted to it at any time; in case of a request according to clause

5.3, however, this shall only apply as far as they have been offered to the customer beforehand with a reasonable period of time. In the two aforementioned cases, IMMS shall retain at least a non-exclusive, gratuitous right of use for research and development purposes upon acceptance by the customer.

5.5 Joint inventions (e.g. inventions in which employees of both contracting parties are involved and for which the invention shares cannot be registered separately according to the contracting parties) obtained during the performance of the contract belong jointly to the contracting parties in proportion to their invention share. The contracting parties shall agree on the application (including lead management), maintenance and defense of property rights to joint inventions as well as the associated costs on a case-by-case basis. Unless otherwise agreed, the contracting parties shall each bear 50 % of the costs.

The contracting parties shall be entitled to use such inventions as well as any industrial property rights applied for or granted thereon as if they were their own for the duration of such inventions and not to license them exclusively, without any financial compensation.

5.6 The customer shall receive a non-exclusive, non-transferable and non-sublicensable, free-of-charge right of use for the application purpose underlying his order to the copyright-protected works created by IMMS during the execution of the order, including the software programmed by IMMS as well as to the resulting know-how. The granting of an exclusive right of use for the purpose of application requires a separate agreement. In the case of works protected by copyright, including programmed software and know-how, which are jointly created by the contracting parties during the execution of the order, Clause - insofar as applicable - shall apply accordingly.

5.7 If already existing industrial property rights of IMMS are used during the execution of the order, which are necessary for the exploitation of the research and development result by the customer, the customer shall receive a separately agreed, non-exclusive, paid right of use for the purpose of application underlying its order upon written request, insofar as this does not conflict with any other obligations of IMMS. The request must be declared to IMMS at the latest 6 months after handover of the research and development result.

6. Property rights of third parties

6.1 Unless expressly agreed in the offer, IMMS shall not carry out any patent searches or searches for conflicting property rights.

6.2 The contractual partners shall inform each other of any third-party property rights of which they become aware before and during the execution of the order and which could conflict with the use agreed in accordance with section 5. However, IMMS shall not be obliged to carry out an examination under property law with regard to a possible infringement, unless expressly agreed in the offer.

6.3 The contracting parties shall decide by mutual agreement how such industrial property rights which have become known shall be taken into account in the further performance of the contract.

7. Liability

7.1 IMMS vouches for the application of scientific diligence as well as the compliance with the generally accepted rules of technology, but not for the actual achievement of the research and development objective.

7.2 The liability of IMMS as well as its legal representatives and vicarious agents arising from breaches of duty and tort shall be limited to intent and gross negligence. In the event of a breach of material contractual obligations, the fulfilment of which is a prerequisite for the proper performance of the contract and on the observance of which the customer regularly relies and may rely (cardinal obligations), IMMS as well as its legal representatives and vicarious agents shall also be liable in the event of slight negligence. In any case, the liability is limited to the foreseeable, contract-typical damage and is limited in its scope to the order value.

7.3 If IMMS does not perform the service incumbent upon it, does not perform it when it is due or does not perform it as owed, the customer may only claim damages instead of performance if it has unsuccessfully set IMMS a reasonable deadline for performance with the declaration that it will refuse to accept the performance after the deadline has expired.

8. Special regulation for research and development work under a contract of sale or contract for work and services

8.1 Insofar as IMMS owes the manufacture and delivery of an item corresponding to the state of the art as a result of research and development on the basis of an express written promise, the relevant provisions of the law on sales or contracts for work and services shall only apply in the event of defects in accordance with the following paragraphs.

8.2 If the research and development result achieved by IMMS proves to be defective, IMMS shall first be given the opportunity to remedy the defect by way of subsequent performance, at its option by rectification or replacement delivery - depending on the type of research and development result, the defect and the other circumstances also several times.

8.3 If IMMS refuses subsequent performance or if subsequent performance fails or is unreasonable for the customer, the customer may, at its option, either demand a reduction of the remuneration owed (abatement) or, in the case of a significant defect, withdraw from the contract. Any further claims by the client are excluded.

8.4 The right to withdraw from the contract shall expire if the Client does not declare his withdrawal from the contract at the latest 14 days after receipt of the notification of the rejection or failure of the supplementary performance or at the latest 14 days after the point in time at which the unreasonableness of the supplementary performance becomes apparent to the Client.

8.5 The liability provisions pursuant to Sections 7.2 and 7.3 shall apply to claims for damages by the Client as a result of defects.

8.6 Claims due to defects shall become time-barred in accordance with clause 10.

9. Export Control and Cooperation Obligations

9.1 The contracting party shall comply with all applicable export control laws and regulations, including the German Foreign Trade and Payments Act (AWG), the Foreign Trade and Payments Ordinance (AWV), and Regulation (EU) 2021/821 (EU Dual-Use Regulation). The contracting party shall not export, re-export, transfer, or use any goods, software, technology, or services provided under this agreement in violation of any applicable export control laws, embargoes, or sanctions.

9.2 The contracting party shall support the supplier in complying with applicable export control obligations, in particular by: a) promptly providing all information necessary for export control screening (e.g. end use, end user, destination country, technical specifications), b) signing end-use certificates upon request, and c) notifying the supplier without undue delay of any changes to the end use, end user, or destination country once known.

9.3 The contracting party agrees to use the goods, software, or technology provided only for the purposes specified in this agreement. Any transfer to third parties or export to another country requires prior written consent of the supplier and must comply with all applicable export control laws.

9.4 If, after the conclusion of this agreement, it becomes known that an export license is required, the effectiveness of the delivery or performance shall be subject to the condition precedent that such license is granted. The supplier may suspend performance until the license is granted or withdraw from the agreement without liability if the license is denied.

9.5 In the event of a culpable breach of this clause, the contracting party shall indemnify and hold the supplier harmless from and against all losses, damages, fines, and administrative measures resulting therefrom. The supplier may terminate the agreement without notice if there are reasonable indications of a violation of export control laws.

9.6 The contracting party represents and warrants that it maintains or will establish an adequate internal export control and compliance system capable of ensuring compliance with applicable export control regulations.

10. Limitation

10.1 The Client's claims for breach of duty and for tort shall become statute-barred within 12 months. The limitation period shall commence with the handover of the research and development result, unless the law stipulates that the commencement of the limitation period is linked to knowledge of the facts giving rise to the claim and the Client can prove that it only became aware of the facts giving rise to the claim at a later point in time. The statutory maximum periods of limitation shall remain unaffected.

10.2 If acceptance of the research and development result is provided for, the limitation period for claims based on defects pursuant to clause 9.1 shall commence upon acceptance, otherwise upon handover.

10.3 Negotiations between the contracting parties on claims or on the circumstances giving rise to the claim shall suspend the limitation period. The suspending effect ends if one contractual partner does not comply with the request of the other contractual partner to continue the negotiations within 4 weeks.

11. Retention of title

11.1 The Client shall only receive ownership of the research and development result as well as the rights of use specified in Sections 5.2, 5.3, 5.4 and 5.6 upon full payment of the agreed remuneration. Property of IMMS and rights of use may neither be pledged nor transferred by way of security.

11.2 In the event that IMMS's ownership of the research and development result expires due to combination, mixing or processing, it is already agreed now that the ownership of the uniform object created in this case shall pass to IMMS on a pro rata basis (invoice value) until the agreed remuneration has been paid in full.

11.3 In the event of resale of the research and development result, the customer shall assign all rights from the resale to IMMS already now with effect in rem until full payment of the agreed remuneration.

12. Secrecy

12.1 The contracting parties shall not disclose to third parties any information of a technical or commercial nature which has been mutually disclosed and declared to be confidential for the duration of and for a period of five years after the termination of the order. This shall not apply to information which was known or generally accessible to the other contracting party or the public prior to the notification or which became known or generally accessible to the public after the notification without the involvement or fault of the other contracting party or information which was disclosed or made accessible to the other contracting party by an authorized third party or which was independently developed by an employee of the other contracting party who had no knowledge of the information disclosed.

12.2 Third parties in the sense of this provision are not subcontractors who are entrusted by IMMS with partial services within the scope of the order and who have been obligated to maintain secrecy.

13. Publication, advertising

13.1 After prior agreement with IMMS, the customer shall be entitled to publish the research and development result, naming the author and IMMS. The coordination shall be carried out with regard to the fact that interests of IMMS, e.g. dissertations, diploma theses or applications for industrial property rights, are not affected. The client may use the results with mention of the name IMMS for the purpose of advertising only with the express consent of IMMS.

13.2 IMMS shall be entitled to publish basic scientific and technical statements even without consent. If the customer receives exclusive rights according to clause 5.3, a special agreement is also required in this case.

14. Termination

14.1 If no substantial progress has been made after the expiry of six months from the agreed commencement of the work, both contracting parties shall be entitled to terminate the contract with one month's notice to the end of the calendar month.

Otherwise, there is no ordinary right of termination.

14.2 Each contracting party shall be entitled to terminate the contract extraordinarily for good cause.

14.3 After effective termination, IMMS shall hand over to the customer the research and development result achieved by then within four weeks. The customer shall be obliged to reimburse IMMS for the costs incurred up to that point. Personnel costs shall be reimbursed according to the time spent. In the event that the termination is based on the fault of one of the contractual partners, claims for damages shall remain unaffected.

15. Obligations to cooperate

The customer shall be obliged to provide reasonable cooperation during the entire term of the contract. This includes the provision of all objects, data and information from its own sphere of influence in a suitable condition and quantity, which are necessary for the performance of services by IMMS. Disadvantages resulting from the lack of or delayed cooperation shall be borne by the customer.

16. Miscellaneous

16.1 Subsidiary agreements, amendments and supplements must be made in writing.

16.2 The place of performance for services by IMMS shall be the head office of IMMS or its parts of the institute commissioned by it. Place of performance for payments by the customer is the head office of IMMS.

16.3 The law of the Federal Republic of Germany shall apply to the exclusion of the United Nations Convention on Contracts for the International Sale of Goods (CISG). The place of jurisdiction is the place of the defendant.

16.4 Should one or more provisions be or become invalid in whole or in part, this shall not affect the validity of the remaining provisions. The same shall apply in the event of a loophole.